A1 Revolution praxisnahe Lehrer*innenbildung – Didaktik ist kein Nebenfach!

Antragsteller*innen: Juso HSG Uni Köln Juso HSG Uni Köln Juso HSG Uni Köln
Tagesordnungspunkt: TOP 5.1. Beratungen Antragsblock B (Anträge bzgl. NRW)

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

Lehrkräfte übernehmen eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben überhaupt. Sie vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern begleiten Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung, fördern demokratische Werte, erkennen Problemlagen und tragen Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Schüler*innen. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, benötigen angehende Lehrkräfte eine Ausbildung, die sie umfassend auf die Realität des Schulalltags vorbereitet.

Das Lehramtsstudium in Nordrhein-Westfalen erfüllt diesen Anspruch bislang nur unzureichend. Die Ausbildung ist stark wissenschaftlich und theoretisch ausgerichtet, während praktische Erfahrungen im Schulalltag vergleichsweise spät und in zu geringem Umfang stattfinden. Gleichzeitig werden zentrale Themen wie schulrechtliche Fragen, der Umgang mit Kindeswohlgefährdungen oder die politische Rolle von Lehrkräften nur unzureichend behandelt.

Ziel einer modernen Lehrkräftebildung muss es sein, Studierende frühzeitig mit den tatsächlichen Anforderungen des Berufs vertraut zu machen und sie sowohl pädagogisch als auch rechtlich und gesellschaftlich auf ihre spätere Tätigkeit vorzubereiten. Deshalb fordern wir eine umfassende Reform des Lehramtsstudiums in Nordrhein-Westfalen.

Mehr Praxis von Beginn des Studiums an

Die derzeitigen Praxisanteile im Lehramtsstudium reichen nicht aus, um angehende Lehrkräfte angemessen auf den Beruf vorzubereiten. Im Bachelorstudium absolvieren Studierende lediglich eine verpflichtende Praxisphase mit 25 Praxistagen beziehungsweise 100 Stunden an Schulen. Erst im Master folgt das Praxissemester. Für einen Beruf, dessen Anforderungen maßgeblich durch pädagogische Praxis geprägt sind, ist dies deutlich zu wenig.

Viele Studierende erleben den tatsächlichen Schulalltag erst nach mehreren

Semestern intensiver theoretischer Ausbildung. Dadurch wird häufig erst spät deutlich, welche Herausforderungen der Lehrer*innenberuf mit sich bringt. Gleichzeitig bleiben zahlreiche Studieninhalte abstrakt, da die praktische Einordnung fehlt.

Frühe und kontinuierliche Praxiserfahrungen würden Studierenden ermöglichen, pädagogische Kompetenzen schrittweise aufzubauen, Unterrichtssituationen kennenzulernen und theoretische Inhalte unmittelbar mit der schulischen Realität zu verknüpfen. Darüber hinaus könnten Schulen frühzeitig von zusätzlicher Unterstützung profitieren, beispielsweise bei Förderangeboten oder Differenzierungsmaßnahmen.

Daher fordern wir:

- Verbindliche Praxiselemente ab dem ersten Semester des Lehramtsstudiums.
- Mindestens zwei Praxistage pro Woche an Schulen während des Studiums.
- Einen stufenweisen Kompetenzaufbau: zunächst durch Hospitationen, später durch die schrittweise Übernahme von Förder- und Differenzierungsmaßnahmen.
- Eine kontinuierliche Begleitung und Qualifizierung durch die Universitäten über die Zentren für Lehrer*innenbildung (ZfL) sowie durch das Land Nordrhein-Westfalen über die Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfsL).

Praxisarbeit fair vergüten

Eine deutliche Ausweitung der Praxisanteile darf nicht auf Kosten der Studierenden erfolgen. Bereits heute finanzieren viele (Lehramts-)Studierende ihren Lebensunterhalt durch Nebenjobs. Zusätzliche verpflichtende Anwesenheitszeiten an Schulen schränken ihre Möglichkeiten zur Erwerbsarbeit erheblich ein.

Zugleich leisten Studierende während längerer Praxisphasen einen konkreten Beitrag zum Schulbetrieb. Sie unterstützen Lehrkräfte, begleiten Fördermaßnahmen und übernehmen zunehmend pädagogische Aufgaben. Diese Arbeit verdient Anerkennung und eine angemessene finanzielle Vergütung.

Eine faire Bezahlung trägt darüber hinaus dazu bei, soziale Ungleichheiten im Studium abzubauen. Niemand sollte aufgrund seiner finanziellen Situation auf ein Lehramtsstudium verzichten oder durch umfangreiche Praxisphasen zusätzlich belastet werden.

Daher fordern wir:

- Eine angemessene Vergütung aller verpflichtenden Praxistätigkeiten an Schulen.
- Eine Vergütung mindestens in Höhe des jeweils geltenden gesetzlichen Mindestlohns.
- Die Beschäftigung der Studierenden über Werkstudentenverträge.
- Die finanzielle Vergütung oder den zeitlichen Ausgleich von Mehrstunden.

Rechtliche und politische Bildung stärken

Lehrkräfte bewegen sich täglich in einem rechtlich und gesellschaftlich anspruchsvollen Umfeld. Sie müssen demokratische Werte vermitteln, mit politischen Kontroversen umgehen, Kindeswohlgefährdungen erkennen und rechtssicher handeln. Dennoch werden diese Themen im Lehramtsstudium bislang häufig nur am Rande behandelt und sind oftmals von den individuellen Schwerpunkten einzelner Dozierender abhängig.

Viele Lehramtsstudierende verlassen die Universität mit erheblichen Unsicherheiten darüber, wie sie sich politisch positionieren dürfen, welche Bedeutung der Beutelsbacher Konsens hat oder welche Rechte und Pflichten sie im Schulalltag besitzen. Nicht selten führt dies dazu, dass Lehrkräfte aus Unsicherheit politische Bildung vermeiden oder fälschlicherweise von einem allgemeinen Neutralitätsgebot ausgehen.

Ebenso fehlt häufig eine systematische Vorbereitung auf Situationen, in denen Schüler*innen Gewalt erfahren oder Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung zeigen. Gerade in diesen Fällen müssen Lehrkräfte ihre Handlungsmöglichkeiten und Meldewege kennen, um Kinder und Jugendliche wirksam schützen zu können.

Diese Themen dürfen nicht vom Zufall abhängen, sondern müssen verbindlicher Bestandteil der Lehrkräftebildung sein.

Daher fordern wir:

- Die Einführung eines verpflichtenden Moduls in den Bildungswissenschaften.
- Die Durchführung des Moduls in Form einer Vorlesung und eines begleitenden Seminars.
- Die Vermittlung von Kenntnissen zu politischer Bildung, demokratischer Verantwortung und der politischen Positionierung von Lehrkräften.
- Die verbindliche Behandlung des Beutelsbacher Konsenses und seiner

praktischen Anwendung im Schulalltag.

- Die Vermittlung rechtlicher Grundlagen des Lehrer*innenberufs.
- Die Aufklärung über den Umgang mit Gewalt gegen Schüler*innen sowie über Kindeswohlgefährdungen im familiären und schulischen Umfeld.
- Die Vermittlung konkreter Handlungs- und Meldewege für entsprechende Verdachtsfälle.

Lehramtsstudium stärker auf Pädagogik ausrichten

Das Lehramtsstudium verfolgt derzeit einen starken wissenschaftlichen Anspruch. Wissenschaftliche Grundlagen sind zweifellos wichtig, jedoch steht für die spätere Berufsausübung die pädagogische Praxis im Mittelpunkt. Lehrer*innen arbeiten nicht primär als Fachwissenschaftler*innen, sondern als Pädagog*innen, die Fachwissen adressatengerecht vermitteln und junge Menschen begleiten.

Die Ausweitung von Praxisanteilen sowie die stärkere Berücksichtigung pädagogischer und rechtlicher Kompetenzen erfordern zusätzliche zeitliche Ressourcen innerhalb des Studiums. Deshalb ist eine Schwerpunktverlagerung notwendig. Ziel muss sein, das Studium stärker an den tatsächlichen Anforderungen des Berufs auszurichten und eine bessere Balance zwischen Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Pädagogik zu schaffen.

Daher fordern wir:

- Eine Deckelung der fachwissenschaftlichen Module in den Unterrichtsfächern.
- Maximal fünf fachwissenschaftliche Module pro Fach.
    - Davon drei Basismodule und zwei Vertiefungsmodule.
    - Drei verpflichtende fachdidaktische Module pro Fach.
- Eine stärkere Gewichtung pädagogischer, didaktischer und schulpraktischer Ausbildungsinhalte innerhalb des Lehramtsstudiums.

Eine zukunftsfähige Lehrkräftebildung muss sich an den tatsächlichen Anforderungen des Berufs orientieren. Wer junge Menschen unterrichten, begleiten und schützen soll, benötigt nicht nur fachwissenschaftliches Wissen, sondern vor allem pädagogische Handlungskompetenz, Praxiserfahrung sowie rechtliche und gesellschaftspolitische Sicherheit. Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen ein Lehramtsstudium, das praxisnäher, pädagogischer und besser auf die Realität an Schulen vorbereitet.